

Beschluss der Mitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln am 20. Juni 2022

Resolution: „DIE LINKE muss Anti-Kriegspartei bleiben!“

Der deutsche Bundestag hat gegen die Stimmen der LINKEN mit 100 Mrd. Euro mehr für die Bundeswehr das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der BRD beschlossen. Gleichzeitig soll sich die Bundesrepublik dazu verpflichten, jedes Jahr mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Das würde eine dauerhafte riesige Erhöhung des Verteidigungsetats bedeuten. Dieses Geld fehlt dann für Bildung, Klimaschutz, Gesundheit und Soziales.

In dem Zusammenhang werden Positionen und Grundsätze unseres Parteiprogramms wie unsere Haltung zur NATO, zu Bundeswehreinsätzen, zur Aufrüstung und zu Rüstungsexporten, zur EU und zur Beteiligung an Regierungen in Frage gestellt. Beim anstehenden Bundesparteitag sind hierzu wichtige Debatten und Entscheidungen zu erwarten.

Wir erklären hiermit, dass wir gegen jegliche Aufweichung unseres Parteiprogramms sind! Wir rufen alle Delegierten des Bundesparteitages und alle Parteimitglieder dazu auf, sich ebenfalls dagegen zu stellen!

Für uns ist die EU weiterhin militaristisch, neoliberal und undemokratisch. Wir bekräftigen unsere Opposition zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Wir erklären unsere entschiedene und umfassende Gegnerschaft zu den Aufrüstungs- und Militarisierungsplänen der Bundesregierung. Wir wenden uns gegen jeden imperialistischen Krieg, egal ob er von Russland, China, der NATO oder sonst wem ausgelöst wurde. Wir fordern deshalb den sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller russischen Truppen aus der Ukraine so wie wir den sofortigen Rückzug der NATO aus Afghanistan oder dem Irak gefordert hatten. Wir fordern weiterhin den Stopp der NATO-Osterweiterung und den Abzug aller westlichen NATO-Soldat*innen aus Osteuropa.

Wir rufen alle Mandatsträger*innen unserer Partei dazu auf, keiner einzigen Maßnahme im Zusammenhang mit dem Aufrüstungsprogramm sowohl auf Bundes- als auch auf EU- und Landesebene zu zustimmen. Stattdessen werden wir uns am Aufbau einer Antikriegsbewegung beteiligen, hier und international.